

Handeln statt Kriminalisieren

Medieninformation

München, am 23. April 2023

Prof. Dr. Claudia Paganini

1.600 Wissenschaftler:innen unterzeichnen

Unterstützungserklärung für Klimaaktivist:innen

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung der Erklärung „Handeln statt Kriminalisieren“ haben bereits mehr als 1.600 Wissenschaftler:innen aus Deutschland, Österreich, der deutschsprachigen Schweiz und dem deutschsprachigen Italien das Dokument unterzeichnet. Sie kritisieren darin, dass die Debatte um den Klimaaktivismus derzeit sehr einseitig geführt werde. „Klimaaktivist:innen, die mit ihrem friedlichen Protest auf die Dringlichkeit effektiver Maßnahmen gegen den Klimawandel hinweisen, werden zu Unrecht kriminalisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt,“ erklärt die Initiatorin Dr. Claudia Paganini, Professorin für Medienethik in München. Die daraus resultierende Zunahme der körperlichen Gewalt gegen Aktivist:innen ist für sie Anlass gewesen, gemeinsam mit einem interdisziplinären Redaktionsteam eine Erklärung zu formulieren, mit der man dazu beitragen will, die Schräglage – und gewissermaßen auch Unehrllichkeit – in der öffentlichen Debatte zu korrigieren.

Das bedeutet nicht, die Protestformen der Klimabewegungen wie etwa der *Letzten Generation* unkritisch gutzuheißen. „Zweifelsohne besteht in einem Rechtsstaat eine auch moralische Pflicht, sich an geltende Gesetze zu halten“, räumt Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Sozialethik in Berlin, ein. Allerdings gibt es Ausnahmen. Der sogenannte ‚zivile Ungehorsam‘ ist mit hohen Standards verbunden. „Er muss sich gegen schwerwiegende Ungerechtigkeiten wenden. Er darf nie die öffentliche Ordnung insgesamt gefährden. Er muss öffentlich und symbolisch sein, um tatsächlich auf die Änderung der Mehrheitsmeinung und des politischen Handelns hinwirken zu können.“

Politik und Medien sind derzeit aber zu sehr darauf fokussiert, das Ärgernis einzelner Aktionen wahrzunehmen. „Und das ist der blinde Fleck in der öffentlichen Diskussion“, erklärt die Transformationsforscherin Dr. Christina West aus Darmstadt. „Übersehen wird das Angebot, welches die *Letzte Generation* uns allen mit ihren Aktionen macht. Indem sie den öffentlichen Raum besetzen, stellen sie Öffentlichkeit her, bieten und fordern den öffentlichen Diskurs im öffentlichen Raum über die Zukunft des Lebens auf dem blau/grünen Planet Erde.“ Diese Aufforderung zum Gespräch anzunehmen aber ist das Gebot der Stunde.

Denn die Zeit drängt. Einmal mehr hat der Weltklimarat im März dieses Jahres davor gewarnt, dass sich das Zeitfenster für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels schnell schließen wird. Durch das Kriminalisieren der Klimaaktivist:innen gelingt es der Politik zwar, von den eigenen Versäumnissen abzulenken, dem gemeinsamen Ziel, den Klimawandel einzubremsen, tut man damit aber keinen Gefallen. „Wie sehr wir vom Thema ablenken, sehen wir daran, dass wir sogar offensichtliche Maßnahmen nicht implementieren, Maßnahmen, die zwischen politischen Parteien, zwischen Arm und Reich, zwischen akademischen Disziplinen und den vielen Unterschieden in der Gesellschaft rasch Mehrheiten finden“, erklärt Dr. Johann Graf Lambsdorff, Professor für Volkswirtschaft und Korruptionsforscher aus Passau. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es unverständlich, warum nicht einmal jene Maßnahmen umgesetzt werden, die nichts kosten, sondern sogar Geld einsparen und die für große Mehrheiten der Bevölkerung Vorteile versprechen. Solche in der Forschung auch als „low-hanging-fruits“ – also niedrig-hängende, leicht zu pflückende Früchte – bezeichnete Maßnahmen sind insbesondere der Abbau klimaschädlicher Subventionen.

„Diese kosten uns jährlich 46 Mrd.€. Die betreffenden Subventionen sind beispielsweise die Energiesteuerbefreiung von Kerosin, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, Strompreisausnahmen und Energiesteuerbegünstigungen für die Industrie, die Energiesteuerbegünstigung für die Stromerzeugung, ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für tierische Produkte, die Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff und das Dienstwagenprivileg. Eine Abschaffung dieser Subventionen würde zu einer Reduktion der Emissionen von 100 Mio. Tonnen, fast 1/7 der Gesamtemissionen Deutschlands, beitragen.“

Den Link zu den Pressestatements und der internationalen Berichterstattung über die Erklärung „Handeln statt Kriminalisieren“ finden Sie unter:

<https://handeln-statt-kriminalisieren.com/presse>

Für weitere Informationen und Interviewanfragen kontaktieren Sie uns gerne:

Prof. Dr. Claudia Paganini	claudia.paganini@handeln-statt-kriminalisieren.com
Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff	Johann.GrafLambsdorff@Uni-Passau.De
Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl	andreas.lob-huedepohl@icep-berlin.de
Dr. Christina West	christina.west@h-da.de